

CSU und SPD lassen beim Thema Pendlerpauschale nicht locker

Huber plant Bundesratsinitiative – Sozialdemokraten berufen eigene Arbeitsgruppe

SVEN AFHÜPPE | BERLIN

CSU-Chef Erwin Huber lässt das Zündeln nicht. Erst Anfang der Woche hatte Bundeskanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel den Wünschen der Schwesterpartei nach einer Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale eine klare Absage erteilt. Doch schon weniger Tage später sprach Huber im Koalitionsausschuss sein aktuelles Lieblingsthema erneut an. Die hohen Energiepreise seien eine „gewaltige Belastung“ für die Wirtschaft und die Privathaushalte, weshalb die Politik unbedingt für eine Entlastung sorgen müsse – am besten mit der Rückkehr zur Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer.

Kanzlerin Merkel und Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) lehnen solchen Aktionismus ab: „Jeder weiß, dass ein Trostpflaster momentan Entspannung für eine Woche bringen würde, aber nicht mehr“, sagte Steinbrück. Solche ökonomischen

richtigen Argumente des Finanzministers werden die Debatte allerdings kaum beenden können. Huber ist fest entschlossen, an seinem Projekt festzuhalten – und zwar „hartnäckig“, wie er nach dem Koalitionstreffen zu verstehen gab. Rückenwind spürt der Bayer vor allem seit der Sitzung der Unions-Fraktionschefs der Länder am vergangenen

Montag. Dort unterstützte eine breite Mehrheit die Pläne des Bayern. Anfang Juli plant der CSU-Chef, der gegen schlechte Umfragewerte vor der Landtagswahl im September kämpft, eine entsprechende Bundesratsinitiative in Sachen Pendlerpauschale. Dann soll sich zeigen, ob nicht auch der eine oder andere Ministerpräsident für sein Konzept „Mehr Netto für alle“ stimmt.

Zusätzlicher Druck kommt zudem aus der SPD. Dort wächst ebenfalls die Sorge über die Belastung der Berufspendler durch die hohen Energie-

preise. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber macht sich deshalb für die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale stark. Finanziert werden könne dies Kelber zufolge durch eine Einschränkung der Steuerprivilegien für Dienstwagen. Im Gespräch ist, dass der Spritverbrauch von Firmenwagen künftig nur noch bis zu sieben Liter auf 100 Kilometer vom Betrieb steuerlich geltend gemacht werden kann. Heute gibt es keine Grenzen. SPD-Fraktionschef Peter Struck wies diesen Vorschlag aus den eigenen Reihen zurück. Darüber sei in der Fraktion auch nicht gesprochen worden.

Ob es am Ende eine politische Mehrheit für eine solche Finanzoperation bei der Pendlerpauschale geben könnte, ist kaum zu kalkulieren. Spätestens wenn das Bundesverfassungsgericht Bedenken über die heutige Regelung der Pendlerpauschale äußert, bekommt die Debatte neue Nahrung. Dann müssen sich auch Kanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück neu positionieren.